

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung kommt, aber nur langsam

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2005) : Deutsche Wirtschaft: Aufschwung kommt, aber nur langsam, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 11, Iss. 7, pp. 214-230

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143400>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung kommt, aber nur langsam*

Internationale Konjunktur

Aufschwung der Weltwirtschaft läuft allmählich aus

Die weltwirtschaftliche Expansion hat seit Herbst vergangenen Jahres deutlich an Fahrt verloren. Während in den USA der Aufschwung langsam zu Ende geht, enttäuscht die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum erneut. Zwar hat die japanische Binnenwirtschaft im Frühjahr ihre Schwächephase überwunden; sie befindet sich wieder auf Expansionskurs. Jedoch gehen vom nach wie vor rasanten Wachstum Chinas deutlich weniger Impulse auf die Exportsektoren der Industrieländer aus als noch im vergangenen Jahr. All das führt zu einer gemächlicheren Expansion des Welthandels.

Die ruhigere Konjunktur entspricht den vielerorts schon länger gehegten Erwartungen, daß sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft in diesem Jahr auf den langfristigen Wachstumstrend zubewegt. Ein gesamtwirtschaftlicher Aufschwung stößt dann an seine Grenzen, wenn das Angebot die Nachfrage auf wichtigen Teilmärkten nur noch zu stark gestiegenen Preisen befriedigen kann. Wie häufig in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte kommt es auch diesmal wieder auf dem Ölmarkt zu Engpässen. Mit weit über 50 US-Dollar pro Barrel (Brent) sind die Erdölpreise seit dem Frühjahr wieder auf Rekordhöhen. Zunehmende Knappheiten von Arbeit oder Kapital sind dagegen nach wie vor nicht zu beobachten: Die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Schwellenländer wie China und Indien mit ihrem scheinbar unerschöpflichen Arbeitsangebot hält an; die Kapitalmarktzinsen sind nach wie vor weltweit sehr niedrig. Dahinter verbirgt sich aber kein ausgeprägter Konjunkturpessimismus, denn die Aktienmärkte haben sich trotz der konjunkturellen Verlangsamung gut behauptet. Die Gefahr eines weltwirtschaftlichen Abschwungs zeichnet sich nicht ab.

Allerdings haben sich die regionalen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft in der ersten Jahreshälfte noch einmal verschärft: Das Leistungsbilanzdefizit der USA vergrößert sich weiter, auf zuletzt gut 6% des Bruttoinlandsprodukts. Zugleich hat der Rückgang des Importzuwachses in China zu einem deutlichen Anstieg des chinesischen Handelsbilanzüberschusses geführt. Außer-

dem sprechen die jüngste Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar und die schwache Konjunktur im Euroraum für eine Ausweitung des Handelsbilanzdefizits der USA auch gegenüber Westeuropa. Der Schlüssel zum Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte liegt in einer Änderung des Ausgabeverhaltens von öffentlichen und privaten Haushalten in den USA.¹ Die vorliegende Prognose unterstellt, daß diese Konsolidierung im Lauf der zweiten Jahreshälfte einsetzt und die zwischenzeitliche Verschärfung der Ungleichgewichte die Weltkonjunktur nicht beeinträchtigt.

Kasten 1:

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der US-Dollar-Kurs des Euro liegt in der zweiten Jahreshälfte 2005 bei durchschnittlich 1,25 und 2006 bei knapp 1,30.
- Die Europäische Zentralbank hält im Jahr 2005 den Mindestbietungssatz bei 2%. Ab Sommer 2006 hebt sie ihn bis zum Jahresende um insgesamt einen halben Prozentpunkt an.
- Der Welthandel expandiert in den Jahren 2005 und 2006 mit jeweils 6½%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 50 US-Dollar pro Barrel und sinkt im Durchschnitt des Jahres 2006 auf 48 US-Dollar.
- Die Finanzpolitik führt die bereits verabschiedeten Maßnahmen durch. Die auf dem Job-Gipfel getroffenen Beschlüsse zur Steuerentlastung der Unternehmen werden nicht umgesetzt.
- Die Tariflöhne in Deutschland steigen in diesem Jahr um 1,4% und im nächsten Jahr um 1,3%.

Die vorgezogene Neuwahl des Bundestages hat im Prognosezeitraum kaum Einfluß auf die Konjunktur.

USA: Aufschwung geht zu Ende

In den ersten Monaten des Jahres befand sich die US-Wirtschaft, nicht zuletzt aufgrund der erneut gestiegenen Energiepreise, in einer leichten Schwächephase. Betroffen hiervon waren vor allem die Investitionen, aber zeitweise auch der private Konsum.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 27/2005 am 29. Juni 2005 veröffentlicht.

¹ Vgl. dazu ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunkturausblick 2005, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2005, S. 7.

Mit einem Andauern der Schwächephase ist jedoch nicht zu rechnen, da die monetären Rahmenbedingungen bis weit ins Jahr 2006 expansiv bleiben werden – wenn auch in abnehmendem Maße, denn die Geldpolitik wird schon wegen des gestiegenen Preisdrucks an ihrem Kurs der allmählichen Straffung festhalten. Ende 2006 wird der Zielzinsatz für Tagesgeld bei 4,5% liegen, nach 4% Ende dieses Jahres.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für die USA in den Jahren 2004 bis 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Reales Bruttoinlandsprodukt	4,4	3,4	3,0
Privater Konsum	3,8	3,6	2,9
Staatskonsum und -investitionen	1,9	1,1	2,1
Private Bruttoanlageinvestitionen	13,2	8,4	4,8
Inländische Verwendung	4,9	3,9	3,1
Exporte	8,6	7,1	7,2
Importe	9,9	8,9	6,1
Außenbeitrag ^a	-0,4	-0,7	-0,2
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise	2,7	3,2	2,7
	<i>in % zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Budgetsaldo ^b	-3,1	-3,3	-3,0
Leistungsbilanzsaldo	-5,7	-6,1	-6,0
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote	5,5	5,2	5,1

^a Wachstumsbeitrag. – ^b Gesamtstaatlich.

Quellen: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 2005: Prognose des IWH.

Die Finanzpolitik ist gegenwärtig in etwa neutral ausgerichtet; sie wird im Prognosezeitraum auch an diesem Kurs festhalten: Dem geplanten nur moderaten Anstieg der diskretionären Ausgaben steht eine weitere deutliche Expansion der leistungsgebundenen Ausgaben gegenüber.

Erste Indikatoren, wie die Auslieferungen und Bestellungen langlebiger Investitionsgüter, sind bereits wieder deutlich aufwärts gerichtet. Allerdings wird der Aufschwung im weiteren Verlauf des Jahres allmählich zu Ende gehen. Vor allem der private Konsum wird an Dynamik verlieren. Ge-

genwärtig ist die private Sparquote noch außerordentlich gering. Vor allem die rasante Entwicklung der Immobilienpreise in den vergangenen Jahren hat das Vermögen der Haushalte wie von selbst wachsen lassen. Im Lauf dieses Jahres wird dieser Boom langsam zum Ende kommen, und die Haushalte werden darauf mit verstärkten Sparanstrengungen reagieren. Im Jahresdurchschnitt 2006 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3% expandieren, nach 3,4% in diesem Jahr.

Weiterhin geringe Dynamik im Euroraum

In der Europäischen Union hat die Konjunktur seit Herbst vergangenen Jahres etwas an Fahrt verloren, in Großbritannien und in den neuen Mitgliedsstaaten ist sie aber immer noch recht kräftig. Die Wirtschaft des Euroraums wächst dagegen seit Jahren nur langsam.

Mit der abnehmenden Dynamik des Welthandels seit Herbst vergangenen Jahres sind die außenwirtschaftlichen Impulse für den Euroraum zurückgegangen. Die Binnennachfrage ist im ersten Quartal 2005 sogar leicht geschrumpft. Wenig überraschend ist die verhaltene Entwicklung des privaten Konsums: Die Löhne stagnieren in realer Rechnung, die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch. Die Effekte der jüngsten Arbeitsmarktreformen sind noch ungewiß. Enttäuschend ist der Rückgang der Investitionen, denn hier sind Voraussetzungen für eine kräftige Belebung schon seit Mitte letzten Jahres gegeben: Die Finanzierungsbedingungen sind günstig, die Lohnsteigerungen im Schnitt moderat, und die Gewinne sind schon seit vergangenem Jahr recht hoch; auch die Aktienwerte haben sich gut entwickelt. Die schwache Entwicklung der Investitionen gibt vor diesem Hintergrund Anlaß zur Sorge.

Die enttäuschende konjunkturelle Entwicklung würde für sich genommen eine Leitzinssenkung nahelegen. Jedoch deutet die Analyse von Geldmengen- und Kreditentwicklung, die sogenannte „zweite Säule“ in der Strategie der Europäischen Zentralbank, auf ein verstärktes Anwachsen der mittelfristigen Inflationsrisiken hin. Zudem haben sich die monetären Rahmenbedingungen in letzter Zeit auch ohne Zutun der Zentralbank noch ein wenig verbessert: Nach dem Scheitern der EU-Verfassung bei den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden sind an den Finanzmärkten Zweifel an der langfristigen Stabilität der Währungsunion aufgekommen; sie haben den Höhenflug des Euro gegenüber dem Dollar erst einmal beendet. Der Wechselkurs ist etwa auf dem Stand

vom Sommer vergangenen Jahres, und handelbare Güter aus dem Euroraum haben wieder ein wenig an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Die monetären Rahmenbedingungen legen auch deshalb eine Zinserhöhung nahe, während die realwirtschaftliche Analyse für eine Senkung spricht. Weil sich daran so schnell nichts ändert, wird die EZB bis weit ins nächste Jahr hinein die Leitzinsen unverändert lassen. Die Finanzpolitik bleibt in etwa neutral ausgerichtet.

Tabelle 2:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für den Euroraum in den Jahren 2004 bis 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,3	1,6
Private Konsumausgaben	1,2	1,4	1,3
Staatskonsum	2,6	1,0	1,7
Anlageinvestitionen	1,4	0,5	1,7
Außenbeitrag ^a	0,1	0,1	0,3
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise ^b	2,1	2,1	2,0
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^c	8,9	9,0	9,2

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisierte Arbeitslosenquote.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2005: Prognose des IWH (Stand: 10. Juni 2004).

Die Konjunktur im Euroraum wird sich im Lauf dieses Jahres nicht nennenswert beschleunigen. Mit einem Abschwung ist aber wegen des günstigen Umfelds auf den Geld- und Finanzmärkten und der immer noch anregenden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zu rechnen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2005 mit 1,3% und im Jahr 2006 mit 1,6% expandieren.

Konjunktur in Deutschland

Export aus Deutschland wieder erstartet

Nach der Schwäche in der zweiten Hälfte 2004 haben die Ausfuhren zu Beginn dieses Jahres wieder an Schwung gewonnen. Vor allem die alten EU-Länder haben vermehrt Produkte aus Deutschland nachgefragt. Auch die EU-Osterweiterung hat die deutsche Exportwirtschaft stimuliert. Nach dem Einbruch im zeitlichen Umfeld des Beitritts

haben die Lieferungen in die neuen Mitgliedsländer wieder Fahrt aufgenommen. Groß ist dort vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern. Nach einer Schwächephase in den ersten Monaten dieses Jahres haben zudem die Ausfuhren nach Ostasien kräftig zugelegt.

Tabelle 3:

Deutsche Exporte nach Regionen

- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

Ländergruppe	Veränderung gegenüber Vorquartal in %				
	2004				2005
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. Qu.
EU 25	2,0	2,7	1,2	0,7	1,6
Neue EU-Länder ^a	9,0	-0,8	-6,7	5,8	1,8
NAFTA ^b	4,9	5,8	-4,2	2,8	-2,0
USA	3,6	6,9	-4,0	1,0	-0,7
Ostasien ^c	10,0	0,5	-5,6	-0,2	3,5
China	14,3	8,7	-15,9	5,4	-4,7
Übrige Länder	11,7	4,4	0,3	2,4	4,4
Insgesamt	4,1	3,5	-0,4	1,4	1,8
	in % des nominalen BIP in Deutschland				
	2004				2005
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. Qu.
EU 25	20,6	21,1	21,4	21,6	21,6
Neue EU-Länder ^a	2,9	2,8	2,6	2,8	2,8
NAFTA ^b	3,3	3,5	3,3	3,4	3,3
USA	2,8	3,0	2,9	2,9	2,9
Ostasien ^c	2,8	2,8	2,7	2,7	2,7
China	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9
Übrige Länder	5,6	5,9	5,9	6,0	6,2
Insgesamt	32,3	33,3	33,2	33,7	33,8

^a Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – ^b USA, Kanada, Mexiko. – ^c Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Rückschläge muß die deutsche Exportwirtschaft in den Wachstumszentren der Welt verkraften. Die vergangene Aufwertung des Euro hinterläßt Brems Spuren in den Ausfuhren nach Nordamerika und nach China. Dagegen dürften die Lieferungen nach Westeuropa trotz schwacher Konjunktur auf den Hauptabsatzmärkten auch künftig zulegen; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Angebote aus Deutschland verbessert sich weiterhin. Insgesamt wird das Expansionstempo der Ausfuhr nachlassen, da die Nachfragedämpfung durch die langsamere Gangart der Weltkonjunktur von der jüngsten Abwertung des Euro nicht wettgemacht werden dürfte. Die Abschwächung wird sich insbesondere beim

Absatz außerhalb der Euroregion zeigen. Der Exportanstieg bleibt dennoch mit 5% in diesem Jahr stark.

Die Importe haben noch nicht wieder zugelegt. Die exportinduzierte Nachfrage nach Einfuhrgütern hat nachgelassen, und die binnenwirtschaftlich veranlasste bleibt noch zurück. Die Einfuhren werden mit anziehender Inlandsnachfrage wieder expandieren. Allerdings bleibt ihre Zunahme hinter der der Exporte zurück, so daß sich der Außenbeitrag erneut erhöhen wird.

Tabelle 4:
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2004	2005	2006
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	9,0	5,0	4,6
Importe	6,7	3,1	3,5
	<i>in % zum realen BIP</i>		
Exporte	40,0	41,5	42,8
Importe	35,8	36,5	37,2
<i>Nachrichtlich: Nominaler Außenbeitrag</i>			
Mrd. Euro	108,9	122,8	140,9
in % zum BIP	4,9	5,5	6,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Durch die hohen Importpreise für Energieträger wird die Konjunktur in Deutschland gebremst, denn die Kosten für Produzenten und Verbraucher steigen. Da die Ausfuhrpreise weniger stark zunehmen dürften, kommt es vorübergehend zu einer Verschlechterung der Terms-of-Trade. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich aber mit nachlassendem Preisauftrieb auf den Rohstoffmärkten die Verteuerung der Importe abschwächen, und die Exportpreise dürften wieder anziehen; die Terms-of-Trade verbessern sich somit.

Ausrüstungsinvestitionen kommen nur langsam in Schwung

Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen haben Anfang dieses Jahres wieder leicht zugenommen. Es sind vor allem die exportorientierten Unternehmen, die zunehmend auf Kapazitätsengpässe stoßen. Die Auslastung bei den binnenwirtschaftlich ausgerichteten Anbietern liegt hingegen unter dem langjährigen Durchschnitt.

Die Investitionszurückhaltung wird auch in naher Zukunft nur zögerlich aufgegeben.² Zwar blei-

² Zur Investitionsschwäche im internationalen Vergleich siehe Kasten 3.

ben die Finanzierungsbedingungen insgesamt günstig. So sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im vergangenen Jahr mit 7% im Durchschnitt kräftig gestiegen. Die Ertragslage ist jedoch gespalten, denn bei der Mehrheit der Unternehmen hat sie sich nur geringfügig verbessert. Auch die Auftragseingänge der Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland deuten auf eine vorerst schwache Investitionstätigkeit; sie steigen – nach einer kräftigen Ausweitung zum Jahresausklang 2004 – zur Zeit eher verhalten.

Gleichwohl werden aufgrund immer noch günstiger Absatzperspektiven der Unternehmen im Ausland – auch gestützt von der jüngsten Euro-Abwertung – und mit anziehender Inlandsnachfrage die Investitionen im späteren Verlauf dieses Jahres wieder etwas stärker zunehmen. Zudem werden die Renditeerwartungen bei rückläufigen Lohnstückkosten und nur leicht steigenden Realzinsen auch weiterhin Investitionen anregen.

Tabelle 5:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2004	2005	2006
Ausrüstungsinvestitionen	2,3	3,9	4,5
Sonstige Anlagen	1,0	3,8	5,0
Bauinvestitionen	-2,6	-2,5	-1,4
Wohnbauten	-1,6	-3,3	-2,0
Nichtwohnbauten	-3,9	-1,2	-0,7
Gewerbliche Bauten	-3,4	-1,5	-1,0
Öffentliche Bauten	-5,3	-0,5	0,2
Anlageinvestitionen insg.	-0,5	0,5	1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2005: Prognose des IWH.

Die Expansion wird aber auch dann nicht stürmisch verlaufen, da dämpfende Faktoren noch nachwirken. Insbesondere wird der Konsolidierungsbedarf eines nicht unbeträchtlichen Teils der Unternehmen hoch bleiben, und erwirtschaftete Mittel werden – wie auch in den vergangenen Jahren – in die Schuldentilgung gelenkt. Mit dem rasanten Anstieg der Finanzschulden der Unternehmen im Boom der Jahre 1999/2000 erreichten diese – gemessen in Prozent zum Bruttoinlandsprodukt – mit nahezu 80% historische Höchstwerte. Obwohl seit dem Jahr 2002 die nichtentnommenen Gewinne die Nettoinvestitionen überstiegen, wurde die Schuldenlast der Unternehmen nur geringfügig gemildert, und die Unternehmen waren nur wenig bereit, weitere Kredite zur Investitionsfinanzierung

aufzunehmen. Alles in allem werden die Ausrüstungen im laufenden Jahr um 3,9% und im kommenden Jahr um 4,5% steigen.

Die sonstigen Anlagen setzen aufgrund des hohen Aktualisierungs- und Modernisierungsbedarfs im Softwarebereich ihre Aufwärtsbewegung fort.

Baunachfrage anhaltend rückläufig

Nachdem zum Jahresende 2004 Vorzieheffekte im Zusammenhang mit den Einschränkungen bei der Eigenheimzulage, aber auch einzelne Großprojekte im Wirtschaftsbau für eine vorübergehende Zunahme der Bauinvestitionen gesorgt hatten, ist es im ersten Quartal dieses Jahres zu einem kräftigen Rückgang gekommen. Mitverantwortlich hierfür waren starke witterungsbedingte Produktionsausfälle, die zum Teil durch Nacharbeiten im zweiten Quartal wieder ausgeglichen wurden. Alles in allem deutet sich die Rückkehr zum Abwärtstrend an.

Im Wohnungsbau schwächen sich die vorgezogenen Bauaktivitäten privater Haushalte zwar deutlich ab. In der nahen Zukunft werden die bereits abgearbeiteten Bauvorhaben der vergangenen Monate und die Senkung der Eigenheimförderung negativ auf die Bautätigkeit wirken. Auch die Fundamental-faktoren – wie Arbeitsplatzunsicherheit und Stagnation auf der Einkommenseite – werden die Investitionsentscheidungen der privaten Haushalte nach wie vor dämpfen. Selbst wenn der Geschosswohnungsbau in den alten Bundesländern für gewerbliche Investoren aufgrund von Knappheitsanzeichen in einigen Regionen langsam wieder rentabel erscheint, dürfte sich der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen gegenüber 2004 beschleunigen.

Im Wirtschaftsbau flacht dagegen sich der Abwärtstrend im Prognosezeitraum leicht ab. So werden noch einige im vergangenen Jahr begonnene Großprojekte zum Tragen kommen. Außerdem signalisieren die Baugenehmigungen, die rückläufigen Flächenzuwächse durch Fertigstellungen und die abgebremsten Mietpreisrückgänge auf dem Büroimmobilienmarkt einen abgeschwächten Rückgang.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden sich im Prognosezeitraum weitgehend stabilisieren können. Mit steigenden Gewerbesteuerereinnahmen werden insbesondere die Kommunen dringend notwendige Bauvorhaben umsetzen.

Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2005 um 2,5% und im Jahr darauf um 1,4% ab.

Wenig Impulse vom privaten Konsum

Die privaten Haushalte haben sich in der ersten Hälfte dieses Jahres weiterhin mit Käufen zurück-

gehalten. Zwar nahmen die verfügbaren Einkommen zu Beginn des Jahres infolge der Steuerentlastungen³ leicht zu, aber die Lage am Arbeitsmarkt hielt die Verbraucherstimmung gedämpft. Zugleich entzogen steigende Energiepreise den Haushalten Kaufkraft.

Im weiteren Jahresverlauf belebt sich der private Konsum nur langsam. Die Bruttolöhne und -gehälter steigen schwach, da sich die Beschäftigungslage nicht wesentlich bessert und das bezahlte Arbeitsvolumen wiederum rückläufig ist. Mit dem fortgesetzten Abbau von außertariflichen Lohnbestandteilen und einem weiter zunehmenden Anteil an geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen erhöhen sich die Effektivlöhne erneut langsamer als die Tariflöhne. Die Nettoverdienste nehmen verlangsamt zu. Zwar sind sie infolge der Steuerentlastung zu Jahresbeginn merklich gestiegen, aber durch die Zunahme der Sozialabgaben wird ihr Anstieg per saldo im Jahresdurchschnitt gering bleiben.⁴

Im nächsten Jahr expandieren die Bruttoarbeitsseinkommen insbesondere wegen der zunehmenden Beschäftigung mit 1,5% stärker als im Jahr 2005. Die Nettolöhne und -gehälter legen dagegen wegen der nun wieder voll greifenden Steuerprogression etwas schwächer zu.

Die Entwicklung der Transfereinkommen ist durch Leistungseinschränkungen und Abgabenerhöhungen geprägt. Die Rentenanhebung zur Jahresmitte fällt vor allem wegen der schwachen Bruttolohnentwicklung im Vorjahr erneut aus. Hinzu kommt, daß auch die Rentner ab der Jahresmitte einen Zusatzbeitrag für Zahnersatz und Krankengeld zu leisten haben. Das zu Beginn des Jahres neu eingeführte Arbeitslosengeld II bedeutet für die vormaligen Arbeitslosenhilfeempfänger im Durchschnitt eine Leistungskürzung, auch wenn ein befristeter Zuschlag gezahlt wird. Dagegen stellen sich erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, deren Zahl stärker als erwartet zugenommen hat, mit dem Arbeitslosengeld II etwas besser. Im Jahr 2006 dürften die monetären Sozialleistungen leicht zurückgehen. Wiederum wird es keine Rentenerhöhung geben, und

³ Seit 1. Januar 2005 ist der Eingangsteuersatz von 16% auf 15% und der Spitzensteuersatz von 45% auf 42% gesunken.

⁴ Zum 1. Januar 2005 trat eine Beitragssatzerhöhung zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte für Kinderlose in Kraft und mit Wirkung zum 1. Juli 2005 wird zur Finanzierung von Zahnersatz und Krankengeld ein zusätzlicher Beitragssatz eingeführt. Für Arbeitnehmer liegt die Mehrbelastung bei 0,45 Prozentpunkten; die Arbeitgeber werden in diesem Umfang entlastet.

die arbeitsmarktbedingten Zahlungen dürften mit der sinkenden Zahl der Arbeitslosen rückläufig sein.

Tabelle 6:

Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2004	2005	2006
Verfügbares Einkommen, nominal	1,2	1,8	2,1
<i>darunter:</i>			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	2,0	1,2	0,8
Monetäre Sozialleistungen	0,9	1,0	-0,2
Selbständigen-, Vermögenseink.	1,0	3,1	5,1
Sparen	0,8	2,4	2,5
Private Konsumausgaben, nominal	1,4	1,7	2,0
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	0,3	0,5	1,5
Sparquote (in %)	10,6	10,7	10,7
Preisindex des privaten Konsums	1,5	1,4	1,1
Private Konsumausgaben, real	-0,1	0,3	0,9

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2005: Prognose des IWH.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden nach schwacher Vorjahresdynamik mit der konjunkturellen Belebung, insbesondere aber wegen höherer Dividendenzahlungen wieder stärker zulegen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2005 mit 1,8% und im Jahr 2006 mit 2,1% jeweils etwas kräftiger als im Vorjahr ansteigen. Angesichts der sich verbessernden Arbeitsmarktlage und einer größeren Klarheit über ihre Einkommensperspektiven dürften die privaten Haushalte allmählich ihre Käufe erhöhen. Dennoch nimmt die Sparquote leicht zu, denn die private Altersvorsorge gewinnt als Sparmotiv weiter an Bedeutung. Die realen privaten Konsumausgaben werden bei moderat steigenden Verbraucherpreisen 2005 mit 0,3% nur schwach zulegen. Im Jahr 2006 steigen die privaten Konsumausgaben bei unveränderter Sparquote im gleichen Tempo wie die verfügbaren Einkommen. Der reale private Konsum nimmt infolge der sich abflachenden Verbraucherpreissteigerung mit 0,9% verstärkt zu.

Teuerung weiterhin moderat

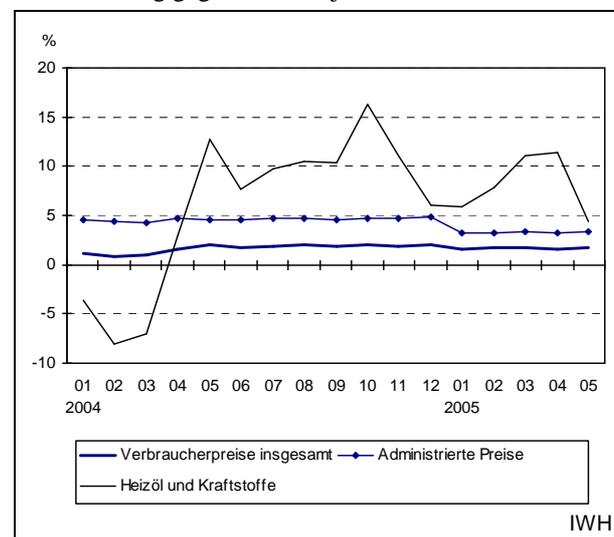
In der ersten Hälfte dieses Jahres stiegen die Verbraucherpreise durchschnittlich um 1,7%. Verantwortlich hierfür waren zum einen staatliche Maßnahmen wie die Anhebung der Tabaksteuer im Dezember 2004, die Steuererhöhung für wenig schad-

stoffarme PKW im Januar 2005 sowie die im April dieses Jahres angehobenen Rundfunk- und Fernsehgebühren. Zum anderen stiegen die Energie- und Kraftstoffpreise im Gefolge des weiterhin hohen Ölpreises. Der Ölpreis lag bereits im März und April mit über 40 Euro je Barrel 50% über seinem Vorjahresniveau und kletterte im Juni auf ein Rekordniveau. Ohne den Auftrieb bei administrierten Preisen sowie bei Heizöl und Kraftstoffen betrug der Preisanstieg in der ersten Jahreshälfte nur rund 1%.

In der zweiten Jahreshälfte verstärkt sich der Anstieg der Verbraucherpreise nicht weiter. Von den Tarifabschlüssen geht weiterhin kein Preisdruck aus, und die Lohnstückkosten sind leicht rückläufig. Von administrativer Seite steht im September lediglich noch die dritte Erhöhungsstufe bei der Tabaksteuer an. Die Preise für Öl werden auf hohem Niveau verharren, ihre Spitzenwerte werden sie aber verlassen. Allerdings werden die ölpreisbedingten Mehrkosten bei Konsumgütern und Dienstleistungen noch auf die privaten Haushalte überwältigt. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2005 um 1,6% zunehmen.

Abbildung 1:

Entwicklung der Verbraucherpreise und ausgewählter Komponenten
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

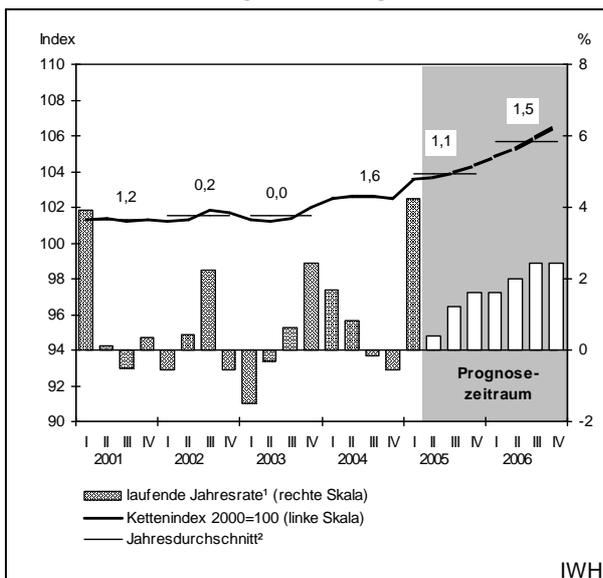
Im Jahr 2006 dürfte die Teuerung abflachen. Der in der Prognose für das nächste Jahr unterstellte durchschnittliche Ölpreis von 48 Dollar je Barrel wird die Teuerungsrate nicht weiter treiben, und zusätzliche indirekte Preiseffekte dürften nicht mehr anfallen. Von den Arbeitskosten geht nach wie vor kein Aufwärtsdruck auf die Preise aus. Der

Anstieg der Verbraucherpreise insgesamt dürfte im Jahresdurchschnitt 2006 bei 1,2% liegen.

Produktion gewinnt langsam an Fahrt

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich im ersten Quartal saison- und kalenderbereinigt mit 1% deutlich erhöht, nachdem sie im Schlußquartal 2004 leicht gesunken war. Die konjunkturelle Grundtendenz wird damit allerdings verzerrt. Die dem Kalender geschuldeten ungewöhnlich vielen Arbeitstage im Dezember wurden wohl nur teilweise für Produktionstätigkeiten ausgeschöpft. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe dehnte in den ersten Monaten seine Produktionsaktivitäten wegen der regen Auslandsnachfrage aus. Auch die Bereiche Verkehr und Unternehmensdienstleister expandierten. Hingegen ging – insbesondere unter dem Einfluß der schlechten Witterung – die Bau-tätigkeit kräftig zurück.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ²⁾ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2. Quartal 2005: Prognose des IWH.

Im weiteren Verlauf wird die gesamtwirtschaftliche Produktion – allerdings bei weitem nicht mehr so stark wie im ersten Quartal – expandieren. Das Verarbeitende Gewerbe und die Unternehmensdienstleister werden von der leicht steigenden Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern profitieren. Die Bauproduktion wird nochmals sinken. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,1% und im Jahr 2006,

wenn der Aufschwung auch den Handel und die privaten Dienstleister erreicht, mit 1,5% zunehmen.

Leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Im Jahr 2004 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 138 000 Personen bzw. 0,4%, nachdem sie in den beiden Vorjahren kräftig abgenommen hatte. Allerdings wurde diese Entwicklung von der Ausdehnung „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse und arbeitsmarktpolitischer Instrumente dominiert. So nahm die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten und die der staatlich subventionierten Ich-AGs deutlich zu. Hinzu kam, daß im vierten Quartal 2004 zusätzliche, sogenannte gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten („Zusatzjobs“) bereitgestellt wurden. Demgegenüber schrumpfte im gleichen Zeitraum – bei rückläufiger Lohnkostenbelastung der Produktion – die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 396 000. Im ersten Quartal dieses Jahres sank ihre Zahl gegenüber dem Vorjahresquartal nochmals um 350 000 Personen. Damit setzt sich der Trend zur Substitution von Normalarbeitsverhältnissen durch „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse fort.

Das geleistete Arbeitsvolumen wuchs im Jahr 2004 mit 0,8% gegenüber dem Vorjahr schneller als die Zahl der Erwerbstätigen. Dies ist bemerkenswert, da nach 1992 das Arbeitsvolumen in Phasen des Beschäftigungsaufbaus mit der Ausweitung „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse unterproportional zugenommen und umgekehrt in Phasen des Beschäftigungsabbaus stärker abgenommen hatte als die Erwerbstätigkeit. Die Ursache für die nunmehr überproportionale Zunahme des Arbeits-

Tabelle 7:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in
Deutschland 2003 und 2004
- in 1 000 Personen -

	2003	2004	Veränderung
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 051	26 655	-396
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 319	4 739	420
Selbständige einschließlich mithelfende Familienangehörigen	4 072	4 231	159
darunter: Ich-AG	41	154	113
Sonstige	3 280	3 235	-45
Erwerbstätige	38 722	38 860	138

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle 8:
Arbeitsmarktbilanz Deutschland

		2003	2004	2005	2006
		<i>in 1 000 Personen</i>			
1	Erwerbsfähige ^a	55 632	55 479	55 318	55 140
2	Erwerbstätige in Deutschland (Inland)	38 722	38 860	39 042	39 299
3	Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)-(16)]	38 577	38 726	38 794	38 974
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	356	464	460	460
5	<i>Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	38 221	38 262	38 334	38 514
6	Pendlersaldo	87	83	86	89
7	Erwerbstätige aus Deutschland (Inländer) [(2)-(6)]	38 635	38 777	38 956	39 210
8	Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)-(16)]	38 490	38 643	38 708	38 885
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	38 134	38 179	38 248	38 425
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	5 509	5 462	5 921	5 677
11	<i>Arbeitslose</i>	4 377	4 381	4 852	4 585
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)+(22)]</i>	1 132	1 081	1 069	1 092
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	98	105	100	100
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	83	74	70	60
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	145	119	70	50
16	<i>I-Euro-Jobs</i>		15	178	275
17	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	234	166	120	90
18	<i>Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen</i>	93	95	80	70
19	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	23	18	12	12
20	<i>Vorruehändler^d</i>	371	386	385	385
21	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	35	35	44	45
22	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	50	68	10	5
23	Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(21)]	43 881	43 996	44 515	44 457
		<i>in % (Inländerkonzept)</i>			
24	Erwerbsbeteiligungsquote [(23)/(1)*100]	78,9	79,3	80,5	80,6
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	69,2	69,7	70,0	70,5
26	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	68,5	68,8	69,1	69,7
27	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	69,4	69,9	70,4	71,1
28	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(23)*100]	12,6	12,4	13,3	12,8
29	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)] / (10) * 100}	81,2	82,1	83,6	82,5
30	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)] / [(7)+(11)+(13)] * 100}	10,4	10,4	11,3	10,7
31	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)] / (23) * 100}	3,4	3,5	3,4	3,5
		<i>in Millionen Stunden</i>			
32	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(33)*(2)/1000]	55 713	56 153	56 143	56 198
		<i>in Stunden</i>			
33	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 438,8	1 445,0	1 438,0	1 430,0
		<i>in 1 000 Personen</i>			
34	Gemeldete Stellen	354,8	290,0		
35	Offene Stellen insgesamt ^g	825,0	792,0		
		<i>Personen</i>			
36	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(34)*100]	15,5	18,8		
37	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(35)*100]	6,7	6,9		

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuß; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); ab 2003: einschließlich der durch PSA betreuten Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen und „Ich-AGs“; Entgeltsicherung für Ältere. – ^c Einschließlich traditioneller Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – ^g Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2005); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; 2005 und 2006: Prognose des IWH.

Anmerkungen:

Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist einige früher nicht erfaßte Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen nunmehr den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G.; SCHULTZ, B.: Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 10/2002, S. 313-317.

Mit dem Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen, das seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, wurde der § 16 des SGB III ergänzt. Danach gelten alle Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos. Dies entspricht grundsätzlich der bisher angewandten Praxis. Eine Änderung ergibt sich allein für die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bisher auch während der Dauer der Maßnahme als arbeitslos gezählt wurden. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH wird die Zahl dieser Personen künftig separat als eine Form der Unterbeschäftigung (Zeile 18) erfaßt.

Ab dem vierten Quartal 2004 werden durch die Bundesagentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern für Arbeitslose zusätzliche 1-Euro-Jobs angeboten. Die Personen mit einem 1-Euro-Job werden nicht mehr als arbeitslos registriert und gelten als beschäftigt. Sie sind damit in der IWH-Arbeitsmarktbilanz in den Größen „Erwerbstätige“ und „Sonstige Unterbeschäftigte“ enthalten.

In der Arbeitsmarktbilanz des IWH werden einige Personengruppen, die nicht zu den Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt zählen und Formen der Unterbeschäftigung zuzurechnen sind, bisher nicht einbezogen, da gegenwärtig ihre statistische Erfassung bzw. ihre Zuordnung Probleme bereitet. Zu diesen gehören beispielsweise ein Teil der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger, die im Zuge der Umsetzung von HARTZ IV nunmehr als Arbeitslose registriert werden, oder die Jugendlichen in außerbetrieblicher Ausbildung.

volumens liegt in erster Linie in der erheblichen Ausdehnung selbständiger Tätigkeiten, und hier vor allem der Ich-AGs: Die Zahl der Selbständigen stieg im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um fast 160 000 Personen bzw. 3,9%, während die Zahl der Arbeitnehmer um 21 000 (-0,1%) zurückging. Selbständige arbeiten mit durchschnittlich 2 154 Jahresarbeitsstunden fast 60% länger als abhängig Beschäftigte.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im Jahr 2004 mit 4 000 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zu. Einem stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit wirkte die deutliche Verringerung der Zahl der Erwerbsfähigen – das sind alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren – um 153 000 entgegen. Darüber hinaus führte eine Statistikbereinigung am Jahresanfang zu einem deutlichen Absenken der Arbeitslosenzahl.⁵

Auch durch arbeitsmarktpolitische Programme wurde einem weiteren Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit entgegengewirkt. Die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt war im Jahr 2004 um 108 000 Personen höher als im Vorjahr. Dabei wurden die traditionellen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung – wie bereits in den Vorjahren – zurückgeführt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres besser darstellen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Durchschnitt dieses Jahres um ca. 180 000 zunehmen. Dies ist jedoch erneut auf die weitere Ausdehnung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und „Zusatzjobs“ zurückzuführen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird weiter – wenn auch etwas abgeschwächt –

⁵ Seither werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als registrierte Arbeitslose ge-

zählt. Im Durchschnitt des Jahres 2004 wurden in Deutschland etwa 95 000 Personen in derartigen Maßnahmen gefördert.

Kasten 2: Zum Bundeshaushalt

Im Jahr 2005 klaffen im Bundeshaushalt Lücken in zweistelliger Milliardenhöhe. Zwar ist es nach anfänglichen Schwierigkeiten gelungen, Forderungen an die Postpensionskasse in Höhe von 6 Mrd. Euro zu veräußern (geplant waren lediglich 5,5 Mrd. Euro), und die bei der KfW geparkten Postaktien werden zu Mehreinnahmen von 1 Mrd. Euro führen. Auch die Schuldenrückzahlungen aus Rußland und Polen haben höhere Beiträge in die öffentlichen Kassen gespült, als bei der Haushaltsaufstellung erwartet wurde.^a Diesen positiven Entwicklungen stehen aber unverhoffte Haushaltsrisiken gegenüber. So werden die Steuereinnahmen wohl 3 Mrd. Euro niedriger ausfallen als bei der Haushaltsaufstellung vorausgesehen. Der Bundeshaushalt 2005 stützte sich ferner auf Einnahmen aus dem Verkauf von ERP-Sondervermögen in Höhe von 2 Mrd. Euro. Dieser Verkauf wird sich im laufenden Jahr nicht mehr verwirklichen lassen.

Außerdem dürften vor allem die Ausgaben des Bundes für den Arbeitsmarkt deutlich über den Haushaltsansätzen liegen (8 bis 10 Mrd. Euro). Die Projektionen der finanziellen Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen – und hier insbesondere der von Hartz IV – sind von der Wirklichkeit eingeholt worden. Die Kostenseite der Reformen am Arbeitsmarkt war bereits im Jahr 2003 berechnet worden. Hartz III und IV traten aber erst zum 1. Januar 2005 in Kraft. Obwohl die Rahmenbedingungen sich deutlich geändert hatten, behielt man die ursprünglichen finanziellen Ansätze bei. Nicht nur die Zahl der Arbeitslosen war merklich nach oben zu korrigieren. Eine Neuauswertung der Sozialversicherungsstatistik hatte eine spürbar höhere Zahl von Hilfeempfängern ausgewiesen. Hinzu kam das Bestreben der Kommunen, einen möglichst großen Anteil der Sozialhilfeempfänger als erwerbsfähig einzustufen. Auch wenn es sich bei Letzterem um einen temporären Effekt handelt, haben damit 800 000 Personen mehr als ursprünglich erwartet einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II.

Trotz der bevorstehenden Neuwahlen im Herbst wird die Regierung einen Entwurf zum Bundeshaushalt 2006 vorlegen. Die Vorlage eines verfassungsmäßigen Haushalts wird sich allerdings schwierig gestalten – zumal auch der Kreativität in der Buchführung – langsam Grenzen gesetzt sind. Im Jahr 2006 lassen sich noch einmal Forderungen an die Postpensionskasse verkaufen.^b Mit dem Vorziehen des Zahlungstermins für die Sozialversicherungsbeiträge wird der Zuschuss des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit auf null sinken, und auch der Zuschuss an die Gesetzliche Rentenversicherung wird niedriger ausfallen, als sich bei einem andernfalls steigenden Beitragssatz über die Rentenformel ergeben hätte. Außerdem ließen sich auch noch ein paar Telekom- und Postaktien verkaufen und das ERP-Sondervermögen insgesamt könnte Einnahmen von 19 Mrd. Euro bringen. So könnte die notwendige Neuverschuldung unter die verfassungsmäßige Grenze in Höhe der Investitionsausgaben gedrückt werden. Spätestens im Jahr 2007 muß eine Regierung dann aber Farbe bekennen.

^a Nach Angaben des Bundesrechnungshofs ist dieses Manöver mittelfristig allerdings rund 1 Mrd. Euro teurer als eine Kreditfinanzierung in gleicher Höhe. – ^b Der Verkauf von Forderungen an die Postpensionskasse ist die einzige der genannten Transaktionen mit Wirkung auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und in der vorliegenden Prognose unterstellt. Die anderen Vorgänge sind lediglich finanzstatistischer Art.

zurückgehen. Im Jahr 2006 ist mit einem Zuwachs der Erwerbstätigen um etwa 260 000 Personen zu rechnen, der auch dann zu einem großen Teil aus der Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse resultiert.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres 2005 um ca. 470 000 Personen über dem Stand vom Vorjahr liegen. Dies ist insbesondere auf die Anfang dieses Jahr eingeführte Meldepflicht für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zurückzuführen. Im kommenden Jahr wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen um knapp 270 000 Personen sinken. Dies ist auch durch den weiteren Rückgang des Arbeitsangebots bedingt.

Öffentliche Haushalte: Entspannung bis auf weiteres nicht in Sicht

Die Defizitquote wird im laufenden Jahr bei 3,4% und im kommenden bei 3,1% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen. Damit wird auch im Prognosezeitraum die 3%-Grenze überschritten.

Die Einnahmen insgesamt werden dabei mit 1,5% in diesem und knapp 1% im nächsten Jahr expandieren. Die Steuereinnahmen nehmen im laufenden Jahr kaum zu. Zwar sprudeln die Gewinnsteuern wieder kräftiger, die tariflichen Entlastungen bei der Einkommensteuer und die schleppende Entwicklung am Arbeitsmarkt dämpfen allerdings

das Aufkommen. Daneben entwickeln sich die Steuern vom Umsatz immer noch verhaltener als die inländische Nachfrage und die erwarteten Mehreinnahmen aus der Tabaksteuererhöhung werden durch Nachfrageanpassungen weiterhin gedrückt. Nachdem im Jahr 2006 erstmals seit vier Jahren eine Senkung des Einkommensteuertarifs ausbleibt, nehmen die Steuern dann wieder deutlicher zu – mit 1,7%.

Die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen werden im Prognosezeitraum durch die Entwicklung am Arbeitsmarkt gedämpft. Zwar steigt die Zahl der Erwerbstätigen spürbar, der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzt sich aber im Prognosezeitraum fort, wenn auch mit deutlich geringeren Raten als in den Vorjahren. Insbesondere die Gesetzliche Rentenversicherung steht vor großen finanziellen Problemen. Vor dem Hintergrund einer praktisch nicht mehr vorhandenen Schwankungsreserve wird sich am Ende des laufenden Jahres ein Milliardendefizit aufgehäuft haben. Die damit im kommenden Jahr notwendig werdende Anhebung des Satzes wird dadurch vermieden, daß die Beiträge nun zwei Wochen früher zu entrichten sind. Auf diesem Wege nehmen die Sozialkassen insgesamt einmalig gut 19 Mrd. Euro mehr ein. Das Defizit in Abgrenzung des Maastrichter Vertrages wird durch dieses Vorgehen allerdings nicht gesenkt.⁶

Bei den sonstigen Einnahmen des Staates führen vor allem die im Jahr 2005 erstmalig anfallenden Einnahmen aus der Maut zu einem deutlichen Plus bei den Verkäufen des Staates. Aber auch die auf ein Urteil des EuGH zurückzuführenden Zinsrückzahlungen der Landesbanken an die Länder lassen die Einnahmen deutlich steigen.

Die Ausgaben werden im laufenden Jahr mit 1,1% stärker zulegen als in den Vorjahren, bevor sich im kommenden Jahr wieder ein rigiderer Kurs durchsetzt. Die merkliche Zunahme in diesem Jahr läßt sich dabei größtenteils auf Sondereffekte zurückführen. Überdurchschnittlich legen vor allem die Ausgaben für soziale Sachleistungen zu. Sie waren im Vorjahr durch die Gesundheitsreform gebremst worden, dürften im laufenden Jahr aber wieder mit einer ungebrochenen Kostendynamik steigen. Demgegenüber werden die Arbeitnehmerentgelte

nahezu stagnieren. Zum einen ist dies auf die maßvollen Lohnabschlüsse bei einem weitgehenden Abbau von Sonderzahlungen zurückzuführen, zum anderen hält der Personalabbau im Staatssektor nach wie vor an.

Die monetären Sozialleistungen legen mit 1% zu. Dieser Anstieg geht vor allem auf die Arbeitsmarktausgaben zurück. Außerdem nehmen die Zahlungen der Gesetzlichen Rentenversicherung mit der Zahl der Rentner zu, auch wenn diese sich im Prognosezeitraum mit weiteren Nullrunden begnügen müssen.

Die Subventionen zeigen auch künftig eine abnehmende Tendenz; im laufenden Jahr sinken sie um 1,1%, im kommenden um 6,3%. Der deutliche Rückgang im Jahr 2006 geht auf eine Rückerstattung zuviel gezahlter Kohlesubventionen von rund 1 Mrd. Euro zurück.

Bei den Investitionsausgaben des Staates ist der Abwärtstrend gestoppt; allerdings ist ihr Zuwachs im Prognosezeitraum nur gering.

Finanzpolitik: Vor der Wahl ist nach der Wahl

Die kommenden Monate werden durch den Wahlkampf geprägt sein, und die Politik wird bis in den September hinein handlungsunfähig sein. Ohne vorgezogene Neuwahlen hätten die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat die Wirtschaftspolitik allerdings für eine Dauer von 1½ Jahren gelähmt. Eine finanzpolitische Empfehlung zu diesem Zeitpunkt kann nur darin bestehen, die Politik – gleich welcher Couleur – aufzufordern, die Zeit bis zum Herbst zu nutzen, um schlüssige Konzepte auszuarbeiten.

In der Steuerpolitik muß die Änderung des internationalen Umfeldes stärker in den Mittelpunkt treten. Die Zeiten der Nationalökonomie sind vorbei. Im Hinblick auf Unternehmensentscheidungen steht Deutschland in Konkurrenz zu anderen, vor allem europäischen Standorten, und so liegt der Fokus auch auf der steuerlichen Belastung der Unternehmen. Wird die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften – also jene Variable, der bei der internationalen Standortwahl von Unternehmen eine Signalfunktion zugeschrieben wird – verglichen, so belegt Deutschland eindeutig eine Spitzenposition. Dies gilt ebenso, wenn die wesentlich aussagekräftigere effektive Steuerbelastung verglichen wird, die neben dem Steuertarif die Bemessungsgrundlage berücksichtigt. Dabei geht es nicht allein um den Körperschaftsteuersatz, auch wenn international tätige Unternehmen zu meist als Kapitalgesellschaft geführt werden. Unternehmen sollten – unabhängig von ihrer Rechts-

⁶ In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die finanziellen Transaktionen dem Zeitraum zugerechnet, in dem sie entstehen, die Sozialbeiträge also dem Monat, in dem die Pflicht, sie zu entrichten, begründet wurden. Verschiebungen von Zahlungsterminen haben in einem solchen System keine Wirkung.

Kasten 3:

Gibt es eine Investitionsschwäche in Deutschland?

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist in den letzten Jahren durch anhaltend niedrige Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts gekennzeichnet. Als Ursache für die relativ geringe wirtschaftliche Dynamik ist verschiedentlich eine schwache Investitionstätigkeit ausgemacht worden. Beispielsweise liegt der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre unterhalb des EU-Durchschnitts. Auch in der vorliegenden Prognose ändert sich an diesem Befund wenig. Ein dauerhafter Anstieg der Investitionsquote würde zu einer temporären Wachstumsbeschleunigung führen, in deren Folge ein höherer Pfad des Produktionspotentials erreichbar ist.

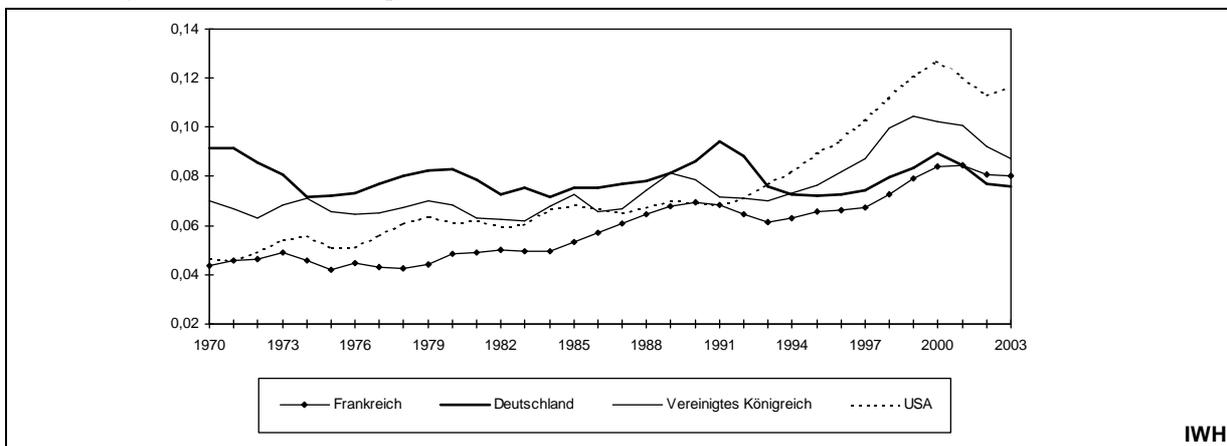
In diesem Exkurs wird überprüft, inwieweit Deutschland unter einer Investitionsschwäche leidet. Die Analyse erfolgt in einem internationalen Rahmen, wobei die 15 Länder der EU vor der Erweiterung, Japan und die USA betrachtet werden. Eine auf nationale Daten beschränkte Untersuchung ist dagegen problematisch. Die Ergebnisse wären verzerrt, da ökonometrische Modelle im allgemeinen darauf abzielen, eine möglichst gute Anpassung an die tatsächliche Entwicklung zu leisten. Dies gilt unabhängig davon, ob das jeweilige Land international gesehen eine investitionsschwache oder investitionsstarke Volkswirtschaft ist. Das Ausmaß der länderspezifischen Verzerrung wird reduziert, wenn mehrere Länder gemeinsam einbezogen sind. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen bestehen aus Ausrüstungen und Bauten. Die folgende Studie bezieht sich allein auf die erstgenannte Komponente. Die Ausrüstungen sind in besonderem Maße relevant, wenn neue technische Entwicklungen auf Firmenebene implementiert werden und stellen eine wesentliche Determinante der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit auf nationalen und internationalen Märkten dar.

In der Analyse ist die Relation der Ausrüstungen zum Bruttoinlandsprodukt endogen. Diese Größe ist in Deutschland im Untersuchungszeitraum von 1970 bis 2003 – abgesehen von einigen Schwankungen – konstant oder sogar leicht rückläufig, siehe Abbildung. Dagegen hat sich die Investitionsquote in anderen Ländern tendenziell erhöht. So ist in den USA seit Mitte der 1990er Jahre eine Zunahme zu verzeichnen, die wesentlich zum dortigen höheren Wachstum beigetragen haben dürfte. Die Investitionsquote ist auch in europäischen Ländern, wie zum Beispiel im Vereinigten Königreich und in Frankreich im Zeitablauf gestiegen. Dabei ist das anfänglich relativ hohe Niveau in Deutschland inzwischen übertroffen worden.

Abbildung:

Investitionsquoten in ausgewählten Ländern

- Ausrüstungen in % des Bruttoinlandsprodukts -



Quellen: Europäische Kommission (AMECO); Berechnungen des IWH.

Die Investitionsquote wird in einem ersten Schritt auf traditionelle makroökonomische Erklärungsdeterminanten zurückgeführt. Als potentielle Kandidaten kommen unter anderem die Gewinnsituation der Unternehmen (reale Lohnstückkosten), der Realzinssatz, Aktienkurse und die Output gap in Betracht. Die daraus ableitbaren Regressionsansätze haben jedoch nur wenig empirischen Rückhalt; sie sind insbesondere nicht in der Lage, den tendenziellen Anstieg der Investitionsquote nachzuzeichnen, der sich in den meisten Ländern im Beobachtungszeitraum ereignet hat. Daher geht als zusätzlicher Erklärungsfaktor die verzögerte Investitionsquote ein. Diese Variable beschreibt die Eigendynamik des Investitionsverhaltens und ist hoch signifikant, siehe Tabelle A. Im erweiterten Modell kann der Anstieg der Investitionsquote auf befriedigende Weise erklärt werden. Darüber hinaus ist der Einfluß der meisten traditionellen Variablen erst im erweiterten Modell statistisch gegen null gesichert.

So führen ein Anstieg des Aktienmarktindex oder eine höhere Output gap zu einer Zunahme der Investitionsquote, während ein Anstieg des Realzinssatzes negativ wirkt. Die wichtigste Variable ist jedoch durch die verzögerte Investitionsquote gegeben. Eine Spezifikation ohne die traditionellen makroökonomischen Größen bietet nahezu die gleiche Erklärungskraft.

Tabelle A:

Erklärungsvariable der Investitionsquote

- Panelmodell mit festen Effekten, GMM Schätzung nach Arellano und Bond -

	Koeffizient	t-Wert
Output gap	0.045*	3.078
Langfristiger Realzinssatz	-0.025*	4.108
Aktienmarktindex	0.003*	7.119
Investitionsquote (-1)	0.741*	26.799
Bereinigtes R2	0.757	

* Signifikanz auf dem 0,01 Niveau.

Quelle: Berechnungen des IWH. Die Output gap ist die Differenz zwischen tatsächlicher und potentieller Produktion, bezogen auf den Potentialoutput.

Im zweiten Schritt wird daher untersucht, auf welche Erklärungsvariablen diese Größe zurückzuführen ist. Insbesondere wird überprüft, ob Länder mit fortschreitender Deregulierung auf den Produkt- und Faktormärkten im Durchschnitt eine höhere Eigendynamik der Investitionen aufweisen. Der Grad der Deregulierung wird durch den Index der ökonomischen Freiheit approximiert, der vom Fraser Institut berichtet wird. Dieser enthält neben der Deregulierung eine Anzahl weiterer Variablen, die zum Beispiel die Unabhängigkeit der Geldpolitik und das Rechtssystem beschreiben. Da diese Größen in den hier betrachteten Ländern nicht allzu stark differieren, läßt sich der Gesamtindex approximativ als Indikator für Deregulierung interpretieren. Er wird bis zum Jahr 2000 in einem Fünfjahresabstand berichtet, nach diesem Zeitpunkt liegen jährliche Angaben vor. Um im gesamten Zeitraum die Jahresfrequenz zu erzeugen, werden die Daten linear interpoliert. Als Alternative wird der Indikator in den Zwischenjahren konstant gehalten. Da die beiden Varianten keine substantiell abweichenden Ergebnisse zeigen, ist die darauf gegründete empirische Evidenz als robust zu bezeichnen.

Die Investitionsdynamik wird anhand des autoregressiven Parameters, also des Regressionskoeffizienten der verzögerten Investitionsquote gemessen. Dieser Parameter wird länderspezifisch und zeitvariabel ermittelt. Konkret wird die Regression laut Tabelle 1 separat für jedes Land ausgeführt, wobei die Parameterschätzung in rollierender Weise erfolgt. Zunächst wird das Modell im Anfangszeitraum von 1970 bis 1985 geschätzt und der Parameter ermittelt. Danach wird die Schätzperiode um eine Beobachtung erweitert und das Modell sukzessive neu geschätzt, bis das Ende des Untersuchungszeitraums erreicht ist. Als Ergebnis resultiert eine länderindividuelle Zeitreihe des autoregressiven Parameters von 1985 bis 2003, die in einem Panelansatz mit festen Effekten durch den Deregulierungsfaktor erklärt wird, siehe Tabelle B. Der Panelansatz bietet den Vorteil, daß der Einfluß der Deregulierung von anderen länderspezifischen Besonderheiten unterschieden werden kann.

Tabelle B:

Einfluß von Deregulierung auf die Eigendynamik der Investitionen

	Koeffizient	t-Wert
Konstante	-1.921*	7.569
Deregulierung	1.193*	9.177
Bereinigtes R2	0.674	

* Signifikanz auf dem 0,01 Niveau.

Anmerkungen: Panelmodell mit festen Effekten. Jahresdaten 1985-2002, 15 EU-Länder, USA und Japan. Als Deregulierungsindikator wird der Index der ökonomischen Freiheit des Fraser Instituts verwendet (verkettete Version).

Quellen: The Fraser Institute; Berechnungen des IWH.

Der Deregulierungsindikator liegt lediglich ordinalskaliert vor, so daß sich nur seine Wirkungsrichtung sinnvoll interpretieren läßt. Die Regressionsergebnisse machen daher deutlich, daß Länder mit fortschreitender Deregulierung der Produkt- und Faktormärkte in der Regel eine stärkere Dynamik bei den Investitionen aufweisen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht könnten Strukturreformen, die auf einen weiteren Abbau von Regulierung zielen, die Investitionstätigkeit fördern. Danach ist die relativ schwache Investitionstätigkeit in Deutschland zumindest partiell mit einer bisher unzureichenden Deregulierung erklärbar.

form – steuerlich gleich behandelt werden.⁷ Dies ist von um so größerer Bedeutung, hält man sich vor Augen, daß 83% der deutschen Unternehmen der Einkommensteuer unterliegen.

Der Erfordernis einer sinkenden Steuerlast stehen die Lage der öffentlichen Kassen und die Notwendigkeit entgegen, die Konsolidierung weiter voranschreiten zu lassen. Damit stellt sich die Frage nach der Finanzierbarkeit einer solchen Steuersenkung. Hier ist in erster Linie an den Abbau von Sondertatbeständen zu denken – eine Maßnahme, die auch aus steuersystematischer Sicht geboten ist. Zu nennen ist die bereits seit Jahren zur Diskussion stehende Abschaffung der Eigenheimzulage oder auch ein Streichen der Steuerfreiheit für Nacht- und Feiertagszuschläge. Die Koch-Steinbrück-Liste weist weitere Posten aus.

Doch auch mit diesen Gegenfinanzierungsmaßnahmen läßt sich ein deutlich niedrigerer Steuersatz für alle Unternehmen wohl kaum bezahlen, wenn an dem synthetischen Einkommensteuerbegriff festgehalten wird. In diesem Falle wäre es nur folgerichtig, den Unternehmensteuersatz als Spitzensteuersatz für alle Einkommensarten zu wählen. Dann wären die Steuerausfälle allerdings so groß, daß eine Gegenfinanzierung nicht vorstellbar ist.

Einen Ausweg bietet die Dual Income Tax. In diesem Konzept werden die Einkünfte aus unterschiedlichen Quellen nicht länger gleich behandelt. Einkünfte aus Unternehmenstätigkeit werden mit einem niedrigeren, einheitlichen Steuersatz belastet, während für Einkünfte aus unselbständiger Arbeit weiterhin ein progressiver Steuertarif gilt.⁸

Die Finanzpolitik muß aber vor allem auf den richtigen Mix von Steuern und Abgaben achten. Bei internationalen Vergleichen zeigt sich, daß die gesamtwirtschaftliche Steuerquote, also die Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, in Deutschland eher niedrig ist. Gleichzeitig ist aber die Abgabenquote, also das Verhältnis der Staatseinnahmen – neben den Steuereinnahmen vor allem die Sozialbeiträge – zum nominalen Bruttoinlandsprodukt relativ hoch. Darin spiegeln sich die unterschiedlichen Präferenzen

einzelner Länder bezüglich der Finanzierung ihrer Sozialen Sicherung wider. Während dies in Deutschland vorrangig über die Beitragsfinanzierung geschieht, ist in anderen Ländern die Steuerfinanzierung ausgeprägter. Gerade die Lohnnebenkosten sind es aber, die die Schaffung neuer (sozialversicherungspflichtiger) Beschäftigung entscheidend behindern. Schließlich zeigen ökonometrische Schätzungen, daß eine Reduktion der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt mit der Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen verbunden ist. Eine Bestandsaufnahme ergibt: In Deutschland liegen die Beitragssätze zur Sozialversicherung kumuliert bei 41,7% – und das, obwohl die Steuerfinanzierung in den Sozialkassen seit 1999 deutlich gestiegen ist: Nach Erhöhung der Mineralölsteuer (sogenannte Ökosteuer) ist der jährliche Zuschuß zur Gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 Mrd. Euro angewachsen; zudem wurde im vergangenen Jahr ein steuerfinanzierter Bundeszuschuß an die Gesetzlichen Krankenkassen eingeführt, der bis auf 4½ Mrd. Euro im Jahr 2006 zunimmt. Diese Steuerzuschüsse allein reichen nach der vorliegenden Prognose nicht einmal aus, den Beitragssatz konstant zu halten; dazu bedarf es weiterer Finanzmanöver. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und des Wissens um das Ausmaß der Finanzierungslücken, die sich bei geltendem Recht in den kommenden Jahrzehnten auftun werden, ist diese Entwicklung besorgniserregend. Weitere Maßnahmen – sowohl Einsparungen auf der Ausgabenseite als auch strukturelle Maßnahmen, wie beispielsweise die Erhöhung des gesetzlichen, vor allem aber des effektiven Renteneintrittsalters – sind geboten.

Alles in allem zeigte die Finanzpolitik in den vergangenen Jahren zwar richtige Ansatzpunkte – was fehlte, war ein Konzept aus einem Guß. Dies ist nicht zuletzt der Grund für die um sich greifende Verunsicherung und somit auch für die schwache Binnennachfrage. Die Politik sollte die Atempause bis zum Herbst nutzen, eine in sich schlüssige Finanzpolitik auszuarbeiten und zum Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten zu lassen. So kann das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik zurückgewonnen werden.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Christian Dreger,
Ruth Grunert, Axel Lindner, Brigitte Loose*

⁷ Daneben sollte das Steuerrecht den Anforderungen der Finanzierungsneutralität genügen.

⁸ Auch dieses Konzept weist Schwächen auf. So ist die Abgrenzung zwischen Unternehmen und Unternehmer schwer, und es dürften vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden, die Steuerschuld zu drücken. Auch ein unerwünschter Lock-in-Effekt bei den erzielten Gewinnen könnte entstehen, und die Behandlung von Kapitaleinkommen oder Mieten ist ein Problem.

Tabellenanhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,4	0,5	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	- 1,1	0,3	0,3	0,1	0,4	0,0	0,6
Arbeitstage	1,5	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 1,2	0,0	- 1,3
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,8	0,1	0,3	0,4	- 0,3	0,6	- 0,1
Produktivität ¹	0,8	1,1	1,3	0,5	1,6	0,8	1,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	1,1	1,5	1,0	1,2	1,4	1,7

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 717,1	1 740,8	1 770,1	845,1	895,7	861,6	908,5
Private Haushalte ²	1 304,2	1 327,0	1 353,7	646,4	680,5	661,9	691,8
Staat	412,9	413,9	416,4	198,7	215,2	199,7	216,7
Anlageinvestitionen	379,5	380,9	386,8	180,1	200,9	184,3	202,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	173,2	177,0	185,4	83,3	93,7	87,4	98,1
Bauten	206,3	203,9	201,4	96,8	107,1	97,0	104,4
Vorratsveränderungen ³	1,7	1,7	0,5	9,7	- 7,9	9,2	- 8,7
Inländische Verwendung	2 098,4	2 123,5	2 157,4	1 034,9	1 088,6	1 055,1	1 102,3
Außenbeitrag	108,9	125,9	145,3	66,3	59,5	72,0	73,3
Exporte	838,6	881,8	926,8	433,3	448,6	456,5	470,3
Importe	729,7	756,0	781,5	366,9	389,0	384,6	397,0
Bruttoinlandsprodukt	2 207,2	2 249,4	2 302,7	1 101,2	1 148,2	1 127,1	1 175,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,0	1,4	1,7	1,3	1,5	2,0	1,4
Private Haushalte ²	1,4	1,7	2,0	1,5	2,0	2,4	1,7
Staat	- 0,4	0,2	0,6	0,5	0,0	0,5	0,7
Anlageinvestitionen	- 0,3	0,4	1,6	0,2	0,5	2,4	0,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,0	2,2	4,7	3,1	1,4	4,9	4,6
Bauten	- 1,4	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 0,2	0,2	- 2,5
Inländische Verwendung	1,0	1,2	1,6	1,4	1,0	2,0	1,3
Exporte	9,1	5,2	5,1	5,1	5,2	5,4	4,8
Importe	7,0	3,6	3,4	5,4	1,9	4,8	2,0
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,9	2,4	1,5	2,3	2,4	2,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verketteter Volumenswert, preisbereinigt

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 630,5	1 634,0	1 647,7	797,6	836,4	804,8	842,9
Private Haushalte ²	1 233,0	1 236,6	1 247,9	604,7	631,9	610,9	637,0
Staat	397,5	396,7	399,2	192,6	204,1	193,6	205,6
Anlageinvestitionen	391,7	393,5	398,8	185,9	207,6	189,9	209,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	187,6	194,9	203,8	91,5	103,4	95,8	108,0
Bauten	204,5	199,5	196,7	94,8	104,7	94,7	101,9
Vorratsveränderungen ³	x	x	x	x	x	x	x
Inländische Verwendung	2 032,6	2 037,8	2 055,7	999,0	1 038,8	1 009,9	1 045,8
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Exporte	849,1	891,3	932,4	439,2	452,1	460,5	472,0
Importe	759,4	782,9	810,5	379,5	403,4	397,7	412,8
Bruttoinlandsprodukt	2 123,1	2 146,5	2 179,3	1 058,5	1 088,0	1 073,3	1 106,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 0,2	0,2	0,8	0,1	0,3	0,9	0,8
Private Haushalte ²	- 0,1	0,3	0,9	0,2	0,4	1,0	0,8
Staat	- 0,7	- 0,2	0,6	- 0,1	- 0,3	0,5	0,7
Anlageinvestitionen	- 0,5	0,4	1,4	0,2	0,7	2,1	0,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,1	3,9	4,6	5,1	2,8	4,7	4,4
Bauten	- 2,6	- 2,5	- 1,4	- 3,8	- 1,2	- 0,1	- 2,7
Inländische Verwendung	0,5	0,3	0,9	0,4	0,1	1,1	0,7
Exporte	9,0	5,0	4,6	4,9	5,1	4,8	4,4
Importe	6,7	3,1	3,5	3,9	2,4	4,8	2,3
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,1	1,5	1,0	1,2	1,4	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisentwicklung der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,5	1,4	1,1	1,3	1,5	1,4	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,4	0,0	0,6	0,3	0,0	0,0
Anlageinvestitionen	0,2	- 0,1	0,2	0,0	- 0,1	0,2	0,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	- 1,1	- 1,6	0,2	- 1,9	- 1,4	0,2	0,2
Bauten	1,3	1,3	0,2	1,6	1,0	0,3	0,1
Exporte	0,1	0,2	0,5	0,2	0,1	0,5	0,4
Importe	0,2	0,5	- 0,1	1,5	- 0,4	0,0	- 0,3
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,8	0,8	0,5	1,1	0,9	0,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 631,8	1 651,0	1 690,9	809,3	841,6	830,5	860,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	222,0	220,7	222,5	109,2	111,5	107,1	115,4
Bruttolöhne und -gehälter	912,3	917,2	930,8	436,1	481,1	442,8	488,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	497,5	513,0	537,6	264,1	249,0	280,7	257,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	236,6	258,7	267,1	118,5	140,2	120,7	146,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1 868,4	1 909,6	1 958,0	927,8	981,8	951,2	1 006,7
Abschreibungen	328,3	333,2	338,2	165,9	167,3	168,4	169,9
Bruttonationaleinkommen	2 196,7	2 242,9	2 296,2	1 093,7	1 149,2	1 119,6	1 176,6
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	1 636,1	1 674,6	1 717,7	810,4	864,2	831,7	886,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	501,8	536,6	564,4	265,1	271,5	281,8	282,6
Arbeitnehmerentgelt	1 134,3	1 137,9	1 153,3	545,3	592,6	549,9	603,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	0,5	1,2	2,4	1,0	1,3	2,6	2,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	- 0,3	- 0,6	0,8	1,5	- 2,5	- 1,9	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	0,3	0,5	1,5	0,5	0,5	1,5	1,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,4	0,4	1,0	0,5	0,3	1,0	0,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,0	3,1	4,8	1,7	4,6	6,3	3,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	16,2	9,3	3,2	4,8	13,4	1,9	4,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,2	2,2	2,5	1,5	2,9	2,5	2,5
Abschreibungen	1,8	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Bruttonationaleinkommen	2,2	2,1	2,4	1,5	2,7	2,4	2,4
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2,2	2,4	2,6	1,4	3,3	2,6	2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,0	6,9	5,2	2,8	11,3	6,3	4,1
Arbeitnehmerentgelt	0,2	0,3	1,3	0,7	0,0	0,8	1,8

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	978,5	989,8	995,5	480,4	509,4	481,1	514,3
Nettolöhne und -gehälter	600,7	608,0	614,9	288,6	319,5	290,4	324,5
Monetäre Sozialleistungen	457,9	462,3	461,4	232,4	229,9	231,3	230,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	80,1	80,6	80,7	40,6	40,0	40,6	40,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	497,5	513,0	537,6	264,1	249,0	280,7	257,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	- 35,3	- 36,1	- 36,3	- 17,3	- 18,8	- 17,4	- 18,9
Verfügbares Einkommen	1 440,7	1 466,7	1 496,8	727,1	739,6	744,4	752,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	18,7	19,3	19,9	9,2	10,2	9,4	10,5
Konsumausgaben	1 304,2	1 327,0	1 353,7	646,4	680,5	661,9	691,8
Sparen	155,3	159,1	163,0	89,8	69,2	92,0	71,0
Sparquote (%) ⁷	10,6	10,7	10,7	12,2	9,2	12,2	9,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	1,3	1,2	0,6	1,6	0,7	0,2	1,0
Nettolöhne und -gehälter	2,0	1,2	1,1	1,9	0,6	0,6	1,6
Monetäre Sozialleistungen	0,9	1,0	- 0,2	1,1	0,8	- 0,5	0,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	4,2	0,6	0,2	0,9	0,2	0,0	0,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,0	3,1	4,8	1,7	4,6	6,3	3,2
Verfügbares Einkommen	1,2	1,8	2,1	1,6	2,0	2,4	1,7
Konsumausgaben	1,4	1,7	2,0	1,5	2,0	2,4	1,7
Sparen	0,8	2,4	2,5	2,6	2,2	2,4	2,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸

a) Mrd. Euro

	2004	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Einnahmen							
Steuern	482,0	485,9	494,1	241,1	244,7	244,8	249,3
Sozialbeiträge	396,5	400,4	402,8	195,4	205,0	195,1	207,7
Vermögenseinkommen	11,6	11,5	12,4	5,8	5,7	6,7	5,7
Sonstige Transfers	16,4	18,7	15,1	10,3	8,4	7,1	8,0
Vermögenstransfers	9,4	9,2	9,4	4,6	4,6	4,6	4,8
Verkäufe	39,9	44,0	44,7	20,8	23,2	21,1	23,6
Sonstige Subventionen	0,5	1,0	1,3	0,5	0,6	0,6	0,7
Insgesamt	956,2	970,6	979,8	478,4	492,2	480,0	499,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁹	254,7	260,2	265,1	124,6	135,7	126,8	138,4
Arbeitnehmerentgelt	166,6	166,4	165,0	79,0	87,4	78,5	86,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	63,5	66,4	68,2	33,1	33,3	34,1	34,1
Subventionen	27,5	27,2	25,5	12,8	14,5	12,2	13,4
Monetäre Sozialleistungen	423,3	427,6	426,4	215,3	212,3	214,1	212,3
Sonstige laufende Transfers	38,0	36,4	37,5	18,4	17,9	18,7	18,8
Vermögenstransfers	33,6	34,6	33,1	19,5	15,1	18,3	14,8
Bruttoinvestitionen	30,5	30,6	30,7	13,2	17,4	13,2	17,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,5	- 1,6	- 1,5	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 036,3	1 047,8	1 050,1	515,1	532,8	515,1	535,0
Finanzierungssaldo	- 80,1	- 77,2	- 70,4	- 36,7	- 40,5	- 35,1	- 35,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2004	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Einnahmen							
Steuern	0,0	0,8	1,7	1,9	- 0,2	1,5	1,9
Sozialbeiträge	0,4	1,0	0,6	1,1	0,8	- 0,2	1,3
Vermögenseinkommen	- 32,1	- 0,8	8,3	- 1,2	- 0,3	16,5	0,0
Sonstige Transfers	1,0	14,2	- 19,5	49,3	- 11,3	- 31,6	- 4,8
Vermögenstransfers	7,2	- 2,7	2,6	- 11,0	7,5	0,4	4,8
Verkäufe	- 1,6	10,2	1,6	9,9	10,5	1,8	1,4
Sonstige Subventionen	- 16,1	119,1	24,3	113,6	124,0	31,9	17,9
Insgesamt	- 0,4	1,5	0,9	2,5	0,6	0,3	1,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁹	- 0,4	2,2	1,9	2,2	2,2	1,8	2,0
Arbeitnehmerentgelt	- 0,9	- 0,1	- 0,8	0,3	- 0,5	- 0,7	- 0,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 0,4	4,5	2,7	5,1	3,9	3,0	2,5
Subventionen	- 4,9	- 1,1	- 6,3	- 4,4	2,1	- 4,8	- 7,6
Monetäre Sozialleistungen	0,8	1,0	- 0,3	1,2	0,8	- 0,5	0,0
Sonstige laufende Transfers	- 1,5	- 4,4	3,0	0,1	- 8,5	1,4	4,7
Vermögenstransfers	- 5,8	3,0	- 4,2	2,4	3,9	- 5,9	- 2,1
Bruttoinvestitionen	- 4,6	0,3	0,4	- 0,4	0,8	- 0,2	0,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	- 0,5	1,1	0,2	1,3	0,9	0,0	0,4

¹ Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

⁶ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁷ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁸ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁹ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder); Berechnungen des IWH; 2005 und 2006: Prognose des IWH.